

Seit über 175 Jahren

Geschäftsstelle DGPPN e.V. | Reinhardtstraße 27 B | 10117 Berlin

An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Gesundheit des Deutschen Bundestages
Herrn Erwin Rüdell MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Geschäftsstelle DGPPN e.V.

Reinhardtstraße 27 B | 10117 Berlin
TEL 030 2404772-0 | FAX 030 2404772-29
sekretariat@dgppn.de

WWW.DGPPN.DE

Berlin, den 20. Juni 2018

Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Gesundheit

Ausschussdrucksache

19(14)0020(3)

gel. VB zur öAnh am 27.06.2018 -
Cannabis
den 21.06.2018

Cannabis: Stellungnahme der DGPPN zum Gesetzesentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und den Anträgen von FDP und DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Folgenden nimmt die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) Stellung zu dem Gesetzentwurf und den Anträgen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Katja Dörner, Maria Klein-Schmeink, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: **Entwurf eines Cannabiskontrollgesetzes (CannKG)** - BT-Drucksache 19/819

Antrag der Abgeordneten Dr. Wieland Schinnenburg, Konstantin Kuhle, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Cannabis-Modellprojekte ermöglichen** - BT-Drucksache 19/515

Antrag der Abgeordneten Jan Korte, Niema Movassat, Sylvia Gabelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE:

Gesundheitsschutz statt Strafverfolgung – Für einen progressiven Umgang mit Cannabiskonsum - BT-Drucksache 19/832

Es ist nicht primäre Aufgabe der DGPPN, den strafrechtlichen Umgang mit Cannabis zu bewerten. Die Freigabe des Besitzes oder des Erwerbs zum eigenen Verbrauch ist vielmehr eine gesellschaftliche und rechtspolitische Frage, die entsprechend politisch entschieden werden muss. Die Aufgabe der DGPPN als wissenschaftlicher Fachgesellschaft besteht in der evidenzbasierten Bewertung von gesundheitlichen Risiken des Cannabiskonsums und dessen Folgen für das medizinische Versorgungssystem. Hieraus ergeben sich relevante Anhaltspunkte für eine politische Entscheidung. In dem 2016 erschienenen Positionspapier „Zur Legalisierungsdebatte des nichtmedizinischen Cannabiskonsums“ hat die DGPPN zu den wichtigsten medizinischen Aspekten Stellung genommen (Anhang). Die Ergebnisse sind auch im Jahre 2018 noch aktuell und wurden von der jüngsten Untersuchung des Bundesgesundheitsministerium „Cannabis: Potential und Risiken“ (CaPRis) erneut bestätigt.

VORSTAND

Prof. Dr. med. Arno Deister
PRÄSIDENT

Prof. Dr. med. Dr. phil. Andreas Heinz
PRESIDENT ELECT

Dr. med. Iris Hauth
PAST PRESIDENT

Prof. Dr. med. Martin Driessen

Prof. Dr. med. Peter Falkai

Prof. Dr. med. Andreas J. Fallgatter

Prof. Dr. med. Sabine C. Herpertz

Prof. Dr. med. Fritz Hohagen

Dr. med. Christian Kieser

Dr. med. Sabine Köhler

Dr. med. Andreas Küthmann, *Kassenführer*

Prof. Dr. med. Andreas Meyer-Lindenberg

Prof. Dr. med. Thomas Pollmächer

Prof. Dr. med. Andreas Reif

Prof. Dr. med. Steffi G. Riedel-Heller

Dr. med. Christa Roth-Sackenheim

Dr. med. Nahlah Saimeh

Prof. Dr. med. Dr. rer. soc. Frank Schneider

HYPOVEREINSBANK MÜNCHEN

IBAN DE58 7002 0270 0000 5095 11

BIC HYVEDE33XXX

VR 26854 B, Amtsgericht Berlin-Charlottenburg

UST-ID-NUMMER

DE251077969

Die wichtigsten Erkenntnisse, Empfehlungen und Forderungen der DGPPN:

- Jeder zehnte Cannabiskonsum entwickelt eine behandlungsbedürftige Abhängigkeitserkrankung. Cannabis ist momentan der häufigste Anlass für eine erstmalige Therapie bei Gebrauch illegaler Drogen.
- Die Komorbidität von Cannabisabhängigkeit und weiteren psychischen Störungen ist hoch.
- Das Konsumalter ist ein wichtiger Risikofaktor für die Entwicklung psychischer Erkrankungen, wobei Adoleszente aufgrund ihrer sensiblen Hirnentwicklung besonders gefährdet sind für die Risiken des Cannabiskonsums.
- Es ist klinisch möglich, aber nicht abschließend geklärt, ob Cannabiskonsum auch Psychosen bei Menschen auslösen kann, die ohne Cannabiskonsum nicht erkrankt wären.
- Weitere Forschung zu den Risikofaktoren für die verschiedenen psychopathologischen Wirkungen von Cannabiskonsum und deren Behandlung sind notwendig.
- Wissenschaftliche Analysen der Daten der krankenkassenärztlichen Versorgung bezüglich Prävalenz, Verlauf und Kosten cannabisbezogener Störungen sollten erfolgen.
- Die strafrechtlichen Möglichkeiten zur Entkriminalisierung des Gebrauchs sollten verbessert werden.
- Eine Verschränkung von Maßnahmen der Angebotsreduzierung mit verhaltens- und ausstiegsorientierten Maßnahmen im Sinne des Mehrsäulenkonzepts – Angebotsreduzierung, Prävention, Hilfestellung und Schadensminimierung – ist sinnvoll.
- Der Zusammenhang zwischen einer Liberalisierung des Zugangs zu Cannabis und der möglichen Erhöhung der Konsums- und Missbrauchsprävalenz insbesondere bei jungen Menschen muss weiter untersucht werden.

Diese medizinisch-wissenschaftlichen Aspekte sollten bei der politischen Bewertung des Gesetzesentwurfs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Anträge von FDP und DIE LINKE berücksichtigt werden. Für die weiteren Diskussionen steht die DGPPN zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. med. Arno Deister
Präsident der DGPPN